

BDP Kanton Bern Parteiversammlung vom 9. April 2014 in Bern-Bümpliz

Die BDP Kanton Bern fasst in Bern-Bümpliz die Parolen für die eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen vom 18. Mai 2014. Wie bereits die Delegierten der BDP Schweiz sagt die BDP Kanton Bern Ja zur Hausarztmedizin, Ja zur Pädophilen-Initiative, Nein zur Mindestlohninitiative und Ja zum Gripen. Auf kantonalen Ebene spricht sich die BDP Kanton Bern für einen geordneten Ausstieg aus der Atomenergie aus und verwirft dementsprechend die Volksinitiative „Mühleberg vom Netz“ klar. Da sich die BDP Kanton Bern für einen ausgeglichenen Staatshaushalt engagiert, verwirft sie die Gesetzesänderung über die Handänderungssteuer. Die BDP Kanton Bern sagt beim kantonalen Pensionskassengesetz sowohl Ja zum Hauptantrag als auch zum Eventualantrag und gibt bei der Stichfrage der Hauptvorlage den Vorzug.

Auftrag zur Ursachenanalyse inklusive Handlungsempfehlung

Vorgängig zur Parteiversammlung erteilte der Parteivorstand der Arbeitsgruppe aus Vertretern der Basis und Mitgliedern des kantonalen und nationalen Parlaments einen Auftrag, die Ursachen für die Wahlniederlage aufzuarbeiten und vor allem den Handlungsbedarf aufzuzeigen. Die Erkenntnisse aus der Analyse fliessen in das Legislaturprogramm der BDP-Fraktion im Grossen Rat ein. Die Fraktion wird für den Beginn der Legislatur am 1. Juni 2014 gerüstet sein, um im Grossen Rat eine blockfreie, lösungs- und zukunftsorientierte Politik zu vertreten.

Parolenfassungen

Eidgenössische Abstimmung

Ja zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung (1-stimmig)

Die BDP Kanton Bern sagt Ja zur Hausarztmedizin, weil dadurch einerseits die Grundversorgung sichergestellt wird und andererseits die Kosten im Gesundheitswesen langfristig gesenkt werden können. Die Hausarztmedizin ist für die medizinische Grundversorgung unverzichtbar.

Ja zur Pädophile-Initiative (78 zu 19 Stimmen bei 10 Enthaltungen)

Trotz rechtsstaatlichen Bedenken unterstützt die BDP Kanton Bern die Initiative, welche ein lebenslanges Berufsverbot fordert. Da Pädophilie erstens nicht heilbar und zweitens die Rückfallgefahr sehr hoch ist, stimmte eine Mehrheit der Anwesenden für die Initiative.

Nein zur Volksinitiative: „Für den Schutz fairer Löhne“ (95 Stimmen zu 7 Stimmen bei 5 Enthaltungen)

Die BDP Kanton Bern lehnt die Initiative aus mehreren Gründen ab: Die Initiative ist für den Wirtschaftsstandort Schweiz schädlich, weil sie keine Differenzierung nach Branche, Region und Ausbildung vorsieht. Der vorgesehene Mindestlohn ist höher als in allen anderen Ländern und würde Arbeitsplätze vernichten.

Ja zum Gripen (72 zu 24 Stimmen bei 11 Enthaltungen)

Nach angeregter Diskussion kommt die Mehrheit der Anwesenden zum Schluss, dass die Schweiz einen funktionierenden Luftschirm braucht. Die Initiative über das Gripen-Fonds-Gesetz, welche die Finanzierung regeln soll, wird von der Mehrheit befürwortet, um die luftpolizeilichen Aufgaben zu erfüllen und die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten – und dies auch noch in 30 Jahren.

Kantonale Abstimmung

Nein zur Volksinitiative „Mühleberg vom Netz“ (104 Stimmen zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung)

Die BDP Kanton Bern sagt Nein zur Volksinitiative „Mühleberg vom Netz“, weil die Initiative einen überstürzten Ausstieg verlangt, ohne dem Aufbau von erneuerbaren Energien genügend Zeit zu lassen. Eine geordnete Stilllegung im 2019 spart Kosten und ist sicherheitstechnisch vertretbar.

Nein zur Änderung des Gesetzes über die Handänderungssteuer (70 Stimmen zu 33 Stimmen bei 4 Enthaltungen)

Die Mitglieder der BDP Kanton Bern sind sich mehrheitlich einig, dass weitere Ertragsausfälle im Umfang von 25 Millionen, wie es das Gesetz über die Handänderungssteuer vorsieht, für den Kanton momentan nicht verkraftbar sind. Die BDP-Fraktion hat bereits im Grossen Rat den Gegenvorschlag als Alternative zur noch viel teureren Initiative nicht vorbehaltlos unterstützt, sondern darauf hingewiesen, dass sie sich für die Abstimmung alle Optionen offenhalten will. Da sich seit der Debatte im Grossen Rat die finanzielle Situation zusätzlich verschlechtert hat, besteht kein Spielraum für zusätzliche Steuersenkungen.

Doppeltes Ja zum Gesetz (106 zu 1 Enthaltung) und dem Gegenvorschlag (100 zu 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen) über die kantonalen Pensionskassen

Die BDP Kanton Bern sagt beim kantonalen Pensionskassengesetz sowohl Ja zum Hauptantrag als auch zum Eventualantrag und gibt bei der Stichfrage der Hauptvorlage mit 105 zu 2 Stimmen den Vorzug.

Auskünfte:

Heinz Siegenthaler, Parteipräsident, 079 813 24 34

Yvonne Barmettler, Geschäftsführerin, 079 755 53 74

Bern, 9.4.2014